

Zeitschrift: Mitteilungsblatt für die Schweizer im Fürstentum Liechtenstein
Herausgeber: Schweizer-Verein im Fürstentum Liechtenstein
Band: - (1972)
Heft: 2

Artikel: Schweizer-Politik mit Zahlen
Autor: [s.n.]
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-937647>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 13.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Den Progressiven im Land gefällt es gar nicht, dass die Kavallerievereine innert dreier Wochen für ihre Petition 430 000, der Verband Schweizerischer Studentenschaften für das "Lausanner Modell" innert einem Jahr nur 57 000 Unterschriften zusammengebracht haben. Der Bundesrat möchte in einem Vernehmlassungsverfahren zu erfahren suchen, ob und wie die Unterschriftenzahl für Referendum und Initiative auf eidgenössischer Ebene, 30 000 bzw. 50 000 heute, der veränderten Zahl der Stimmberechtigten angepasst werden sollen. Aus dem Welschland wird die Idee einer "Volksmotion" propagiert, für die Gesetzesinitiative wird seit längerer Zeit geworben. Der VPOD hat seine Motorfahrzeug-Haftpflicht-Initiative mit über 20 000 ungültigen Unterschriften abgeliefert, die SP Zürich hat dank Schlamperei eine zustande gekommene Initiative vermessen. Man sieht: Unterschriften sind zur Zeit sehr diskutiert.

Während die Petition bekanntlich rechtlich völlig unverbindlich ist, sind Initiativen und Referenden wichtige schweizerische Politinstrumente. Lange Zeit als Tummelplatz von Verbänden und Gewerkschaften (im Budget: 1 Unterschrift = 1 Franken) etwas in Misskredit geraten, haben sie die Studenten mit ihrem Referendum gegen das neue ETH-Gesetz wieder volksfähig gemacht. Sie dienen als Droh- und als Beschwichtigungsmittel, sie sagen mit sich oder mit ihrem Effekt mehr aus über die wahre politische Stimmung im Volk, als Parteimeinung oder Parlamentsmehrheit glauben machen wollen. Die Schwarzenbach-Initiative, aber auch die rechtlich irrelevante Kavalleriepetition oder früher das ETH-Referendum: sie waren wichtige Ventile für die "öffentliche Meinung". Es ist deshalb wohl zu überlegen, was mit diesen wichtigen Instrumenten weiter geschehen soll.

Der Petition (erinnert sei auch an jene zur Erhaltung der Oberengadiner Seenlandschaft mit über 300 000 Unterschriften) sollte ein rechtlich relevanter Status verliehen werden. Bundesrat und Parlament sollten nicht nur moralisch verpflichtet sein, sich mit Petitionen auseinanderzusetzen. Wenn sie etwa die gleiche Bedeutung erhielten wie die Motionen im Parlament, wäre der entscheidende Schritt getan: Die politischen Instanzen müssten sich mit ihr auseinandersetzen und den (unformulierten) Wünschen der Unterzeichner mit einem eigenen Vorschlag (oder einem Gegenvorschlag) zu entsprechen versuchen.

Entscheidender aber ist die Frage nach den Unterschriftenzahlen für Initiative und Referendum, und das nicht nur im Bund, sondern auch in den Kantonen und Gemeinden. Seit die Quoren festgesetzt wurden, hat sich die Zahl der Stimmberechtigten allenthalben vervielfacht, es ist also relativ immer leichter geworden, die erforderlichen Unterschriften zusammenzubringen. Rund 300 000 Unterschriften wären so heute für die eidgenössische Verfassungsinitiative erforderlich - eine Zahl, an die heute bei der Neufestsetzung des Quorums ernsthaft wohl niemand denkt. Die Limite muss weiterhin auch von einer kleineren Organisation erreichbar sein, darf aber auch nicht so tief liegen, dass jede Jassrunde ihre staatspolitischen Weisheiten vors Volk bringen kann.

Wie die richtige Zahl finden? Die hohen Unterschriftenzahlen für Petitionen der jüngsten Zeit mit regelmässig über 200 000 Unterschriften mögen auf eidgenössischer Ebene einen Fingerzeig geben: Ist wirklich eine Volksströmung für oder gegen etwas vorhanden, finden sich auch mit einfachen Mitteln die Unterschriften. Man soll sich vielleicht doch nicht scheuen, die Trauben etwas höher zu hängen.